

Antrag

der Abgeordneten Hans-Josef Fell, Bärbel Höhn, Sylvia Kotting-Uhl, Dr. Anton Hofreiter, Peter Hettlich, Bettina Herlitzius, Cornelia Behm, Ulrike Höfken, Undine Kurth (Quedlinburg), Nicole Maisch und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Vorbildlich und importunabhängig Ökostrom und Biogas einkaufen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung haben eine wichtige Vorbildfunktion beim Klimaschutz und bei der Energieversorgungssicherheit. Der Bundestag, das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und seine nachgeordneten Behörden sind dieser Vorbildfunktion im Bereich der Stromversorgung mittlerweile gerecht geworden, da sie inzwischen anhand festgelegter Ausschreibungskriterien den Strombezug auf Ökostrom umgestellt haben.

Beim Gasbezug ist demgegenüber noch keine Umstellung auf Biogas erfolgt, da Biogas erst seit relativ kurzer Zeit in das Erdgasnetz eingespeist wird. Mittlerweile gibt es jedoch Unternehmen, die in der Lage sind, den Bundestag mit Biogas zu beliefern. Gerade angesichts der jüngsten europäischen Erdgaskrise wäre die Umstellung des Bundestages auf Biogas ein Schritt, der international Beachtung finden dürfte.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- in sämtlichen Bundesministerien und dem Bundeskanzleramt – inklusive der nachgeordneten Behörden – den Strombedarf, der nicht über Eigenerzeugung abgedeckt wird, künftig von einem Ökostromanbieter zu beziehen. Die Institutionen nehmen diesbezüglich nach Ablauf der geltenden Verträge Ausschreibungen vor;
- zu prüfen, welche Anbieter Biogas für die Gasversorgung der Gebäude der Bundesregierung sowie der nachgeordneten Behörden zur Verfügung stellen können und eine entsprechende Ausschreibung vorzubereiten. Sollte es noch laufende Verträge geben, die die Institutionen für einen bestimmten Zeitraum binden, soll ein Angebot des Vertragspartners für die Belieferung mit Biogas eingeholt werden.

III. Der Deutsche Bundestag prüft,

welche Anbieter Biogas für die Gasversorgung des Deutschen Bundestages zur Verfügung stellen können, und bereitet eine entsprechende Ausschreibung vor.

Sollte es noch laufende Verträge geben, die die Bundestagsverwaltung für einen bestimmten Zeitraum binden, soll ein Angebot des Vertragspartners für die Belieferung mit Biogas eingeholt werden.

Berlin, den 11. Februar 2009

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion